



Airbus auf Amerikanisch

Flugzeughersteller Airbus hat am Montag seine erste Fertigungslinie in den USA eröffnet – dem Heimatland von Boeing. Im Werk in Mobile werden die in Europa produzierten Teile für die A320-Modelle zusammengesetzt. So kommt etwa der Rumpf per Schiff aus Hamburg und anschließend mit dem Lkw ins neue Werk. FOTO: TAD DANSON/AIRBUS Bericht Seite 19

Empathie und Bürokratie



Moritz Döbler
über Flüchtlingspolitik

Das Boot ist voll. Mit dem Slogan machten Rechtsextreme vor einem Vierteljahrhundert Wahlkampf. Auch der „Spiegel“ zeigte 1991 ein volles Boot auf dem Titel, dazu die Zeile „Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten. Ansturm der Armen“. Die Angst machte verdinglicht, das Boot war nicht voll. Das Einwanderungsland Deutschland entwickelte sich zu einer der erfolgreichsten Volkswirtschaften. „Das Boot ist nie voll“, behauptete Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann vor einem Jahr.

Kaum ein Politiker würde das heute noch so sagen. „Für politisch Verfolgte ist das Boot nie voll“, relativiert sich Kretschmann inzwischen selbst. Und der Oberbürgermeister Münchens sagt das Gegenteil: „Wir sind einfach voll hier in München.“ Dieter Reiter ist ein SPD-Mann, kein Rechter. Er kommt aus der Stadtverwaltung, er weiß, wovon er spricht. München ist voll.

Es ist das erste Warnzeichen, dass Angela Merkels Ansage, so honorig sie ist, mit der Realität schwer in Einklang zu bringen ist. „Wir schaffen das“, sagte die Bundeskanzlerin. Aber so chaotisch, wie es jetzt läuft, schaffen wir das eben nicht wirklich, vor allem, weil nicht klar ist, wer mit „wir“ und was mit „das“ eigentlich gemeint ist.

München ist voll – und Bremen? Bürgermeister Carsten Sieling merkt an, auch Bremen sei „an der Grenze“ der Aufnahmekapazitäten. Nachprüfen kann das niemand. München ist jedenfalls voller als Bremen, doch führen solche Aufrechnungen nicht weiter. Es hilft nichts, der Bund muss die Verantwortung übernehmen; jetzt sind Ordnung, Tempo und Geld gefragt.

Es sind solche historischen Momente, in denen Politiker einen Ruf begründen können. Man denke an Helmut Schmidt, der als Hamburger Polizeierober 1962 seine Kompetenzen überschritt, um die Folgen der Sturmflut in den Griff zu kriegen. Halt – das Beispiel Schmidt wirkt bis heute, aber um eine Flut geht es nicht. Es sind Menschen, von denen die Rede ist. Und voll waren ihre Schlauchboote, mit denen sie das Mittelmeer überquert haben. Menschlichkeit und Verwaltungshandeln, Empathie und Bürokratie schnell und schlüssig in Einklang zu bringen, darum muss es gehen. Thema Seite 3 moritz.doebler@weser-kurier.de

Steuerzahlerbund kritisiert Theater

Bremen. Der Bund der Steuerzahler kritisiert die seiner Ansicht nach zu hohen öffentlichen Zuschüsse für die Theater in Bremen und Niedersachsen für fast 157 Millionen Euro. Besonders das Theater Bremen gehöre zu den „zehn hochsubventionierten Spielstätten Deutschlands“ kritisiert der Landesverband Niedersachsen/Bremen. Pro Theaterbesucher schieße die Stadt 170 Euro zu; der Durchschnitt für alle niedersächsischen Theater liege bei 102 Euro. Der Steuerzahlerbund ermahnt die Theater, einen höheren Eigenanteil zu erwirtschaften. Die Bremer Kulturbehörde und das Theater weisen die Vorwürfe als unberechtigt zurück. Zudem berechne man die Zuschüsse pro Einwohner und nicht pro Theaterbesuch – dann werde eine Karte mit 58 Euro bezuschusst, was im Vergleich zu anderen Städten dann sehr niedrig sei. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 24

Streit um Bremens Finanzen

Kritik an rot-grüner Haushaltspolitik / Opposition fordert Regierungserklärung

VON WIGBERT GERLING UND HAUKE HIRSINGER

Bremen. „Wenn Rot-Grün weiter keine solide Haushaltspolitik macht, ist die Eigenständigkeit Bremens ab 2020 gefährdet“, sagt der haushaltspolitische Sprecher der FDP, Hauke Hiltz, unter dem Eindruck der jüngsten Haushaltssperre. Bremen sei auf die Solidarität der anderen Bundesländer angewiesen. „Wenn wir nicht zeigen, dass wir zu einer vernünftigen Haushaltspolitik fähig sind, schwindet diese Solidarität.“

Besagte Solidarität bedeutet für Bremen viel Geld. Unter anderem flossen im Rahmen des Länderfinanzausgleiches 2014 rund 568 Millionen Euro. Für 2015 sind 597 Millionen Euro veranschlagt. Doch der Länderfinanzausgleich soll spätestens Ende des Jahres 2019 neu geordnet sein. „Dann wird Bilanz gezogen“, sagt CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Röwekamp. Die Neuordnung sei nicht zufällig an die Schuldenbremse 2020 gekoppelt. „Und von deren Einhaltung wird abhängen, wie die zukünftige Unterstützung des Bundes aussieht.“

Die Schuldenbremse schreibt vor, dass die Bundesländer ab 2020 keine neuen Schulden aufnehmen dürfen. Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgt Bremen einen mit dem Stabilitätsrat vereinbarten Konsolidierungskurs. In zwei Berichten pro Jahr muss das Land dem Rat nachweisen, dass es diesen Kurs hält. Dafür bekommt es jährlich 300 Millionen Euro Zinsbeihilfen. Ist der Stabilitätsrat nicht von den Bremer Bemühungen überzeugt, gibt es kein Geld. Deshalb ist der zweite Bericht des Jahres,

der in diesen Tagen in Berlin erwartet wird, so wichtig. Darin heißt es, dass Bremen im laufenden Haushaltsjahr 191 Millionen Euro weniger neue Kredite aufnehmen wird, als es laut Sanierungsplan dürfte. Dieser „Puffer“ stehe aber unter Vorbehalt, weil mit „absehbaren weiteren Verschlechterungen“ gerechnet werden müsse.

Die „bisher erfolgreiche Gestaltung des Konsolidierungspfades“, so der Bericht, hänge zwar auch mit den niedrigen Zinsen zusammen, aber Bremen habe seit Beginn der Sanierungsvereinbarung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die dafür sorgten, dass der Etat um über 250 Millionen Euro entlastet werde. Eine dauerhafte Sicherung des Haushalts nach 2020, so betont der Senat, könne aber nur gelingen, wenn eine Lösung für den Umgang mit den bestehenden Kreditverpflichtungen gefunden werde. Bremen hat gut 20 Milliarden Euro Schulden. Um sie zu bedienen, müssen pro Jahr rund 650 Millionen Euro aus dem Haushalt genommen werden.

Für den haushaltspolitischen Sprecher der Linken, Klaus-Rainer Rupp, ist die Schuldenbremse das eigentliche Problem. Bremen habe seine Eigenständigkeit teilweise mit der Zustimmung zu deren Verankerung in der Landesverfassung aufgegeben. „Nicht im Sinne der Aufgabe seiner Landes-Souveränität, aber faktisch. Wenn einem Land Jahr für Jahr weniger Geld zur Verfügung steht, schwindet seine Haushaltsautonomie.“ Mit Blick auf die Sitzung des Senats an diesem Dienstag bemerkt Rupp: „Wenn sich die Haushaltsrisiken tatsächlich auf 250 Millionen Euro be-

laufen, dann gefährdet dass das Einhalten die Schuldenbremse. Dann erwarte ich eine neue Regierungserklärung.“ Für den Fall, dass Bremen die Schuldenbremse tatsächlich nicht einhalten kann, sind im Gesetz keine Sanktionen vorgesehen. Konkrete Folgen befürchtet Thomas Röwekamp dennoch: „Dann stehen wir im Bund isoliert da und werden Schwierigkeiten bekommen, weiterhin Kredite zu erhalten.“

Derweil ist der Wirtschaftswissenschaftler André Heinemann davon überzeugt, dass man wegen der aktuellen Haushaltssperre nicht um Bremens Ruf im Bund fürchten müsse. „Sie ist ein Instrument zur Haushaltssicherung, das regelmäßig angewendet wird.“ So werde dem Bund auch signalisiert, dass man versuche, der Verschuldung entgegenzuarbeiten. Auch um die Souveränität Bremens brauche grundsätzlich niemand zu fürchten. Zwar gäbe es für Städte die Möglichkeit, deren Rat zu entmachten und Haushaltsfragen einem Sparkommissar zu unterstellen. Im Falle eines Landes sei das aber zu 99,9 Prozent nicht vorstellbar. „Bremen müsste dafür so eklatant aus der Reihe tanzen. Dazu wird es sicherlich niemals kommen. Auch nicht bei einer permanenten Haushaltssperre.“

Im Finanzressort herrscht Zuversicht. Sprecherin Dagmar Bleiker ist sicher, dass man die Konsolidierungsvereinbarung auch in diesem Jahr einhalten werde. „Wir planen jetzt einen Nachtragshaushalt.“ Auch Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) ist guten Mutes: „Wir setzen unseren Sanierungskurs fort und halten uns an die Vereinbarungen mit Bund und Ländern.“

EU-Innenminister suchen Lösung

Brüssel. Unter wachsendem Einigungsdruck ringt Europa um weitreichende Lösungen in der Flüchtlingskrise. Bei einem EU-Sondertreffen in Brüssel verteidigte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Montag die vorübergehend wieder eingeführten deutschen Grenzkontrollen auch als Druckmittel gegen andere EU-Staaten. „Wir arbeiten an einem Erfolg, aber ich weiß nicht, ob der heute gelingt.“ Mit einer Verständigung auf verbindliche Regeln zur Verteilung von Flüchtlingen wurde nicht gerechnet. Nach Deutschland kündigten auch Österreich, die Slowakei und die Niederlande Grenzkontrollen an.

Im Entwurf einer Abschlusserklärung für die EU-Innenminister schlug der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn vor, eine endgültige Entscheidung erst beim nächsten regulären Treffen am 8./9. Oktober zu treffen. Thema Seite 3

DER NORDEN
Ärger auf dem Erdölfeld 16

Es ist in der jüngeren Vergangenheit einiges schief gelaufen auf dem niedersächsischen Erdölfeld Bramberge. Die Untersuchungen der Pannen auf dem größten deutschen Förderfeld dauern an.

WIRTSCHAFT
Weniger Spezialschiffe 2 und 19

Die Werften in Deutschland beschäftigen zwar wieder mehr Arbeitnehmer, dennoch ist die IG Metall skeptisch: Die Gewerkschaft sieht bedenkliche Auftragslücken auf den Spezialschiffbau zukommen.

SPORT
Pizarro hebt Werder auf eine neue Stufe 2 und 25

Außer einem klugen Pass hat Claudio Pizarro noch nicht viel gemacht für Werder – und doch hat er den Klub schon verändert. Wie selbstverständlich spricht Pizarro bereits von der Europa League.

RUBRIKEN

Familienanzeigen	7, 31	Rätsel & Roman	29
Fernsehen	30	Tipps & Termine	12
Lesermeinung	6	Veranstaltungsanzeigen	5

Großer Räumungsverkauf wegen Filialschließung Ullmann schließt in Bremen



Frieder Schmidt, Ullmann Einrichtungen

Bremen und die Region werden um eine Attraktion ärmer. Die von Liebhabern des hochwertigen, geschmackvollen Einrichtens geschätzten Niederlassungen des Hauses Ullmann, Oldenburg werden nach über 14 Jahren geschlossen.

Mietverträge enden zum Jahresende

Da die Mietverträge auslaufen und der Wall durch einen Brand bis auf Weiteres für den Autoverkehr gesperrt ist, hat

sich Geschäftsführer, Frieder Schmidt, kurzfristig und schweren Herzens zum Räumungsverkauf im Einrichtungshaus und der Teppichgalerie entschieden.

Vollständige Räumung

Nun muss also der sehr hohe, gesamte Warenbestand exklusiver Hochwert-Marken, wie interlübke, COR, Draenert, BW und viele andere innerhalb kürzester Zeit veräußert werden. „Wir müssen die große umfangreiche Ausstellung mit hochwertigen Markenmöbeln, modernen und klassischen Teppichen, trendigen Leuchten, edlen Accessoires innerhalb kürzester Zeit komplett auflösen“, so Schmidt.

Alle Ausstellungsstücke werden bis zu 59 % reduziert

Auf handelsübliche Kalkulationen

oder gar Einkaufspreise wird dabei jetzt keinerlei Rücksicht mehr genommen. Jetzt gilt es, sich schnell sein persönliches Ullmann-Qualitätsmöbel zu sichern und unter den vielen tollen Angeboten zu wählen! Dies ist eine einmalige Chance für alle Liebhaber der anspruchsvollen Wohnkultur. Selbstverständlich ist die gewohnt kompetente und pünktliche Auslieferung, Montage vor Ort und Garantie über das Stammhaus in Oldenburg weiterhin gewährleistet.

Ab morgen: Großer RÄUMUNGS-VERKAUF

Am Wall 175 - Teppichgalerie Am Wall 172
Anfahrt Osterortwall/Bischofsnadel

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag



Zeitweise Schauer
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

